



SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen

erlanger linke



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **07.01.2015**
Antragsnr.: **001/2015**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **OBM/13**
mit Referat:

Erlangen, den 07.01.2015

Antrag zum Ältestenrat:

Schaffung eines „Ortes der Erinnerung“ an die Ermordung von Menschen mit psychischer Erkrankung der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

2014 ist nicht nur der 75. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges. Parallel dazu begann die systematische Deportation und Ermordung tausender Menschen mit psychischer und geistiger Behinderung, auch in Erlangen.

Seit 1846 befand sich mitten in der Stadt eine psychiatrische Anstalt, anfangs Kreisirrenanstalt, später Heil- und Pflegeanstalt genannt, an die sich 1903 die Psychiatrische Klinik der Universität angliederte.

Gleich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 wurden mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ viele Hundert Menschen, überwiegend Erlanger Bürgerinnen und Bürger, zwangssterilisiert, allein mehr als 500 Frauen in der Frauenklinik Erlangen.

Der Kriegsbeginn 1939 war auch der Auftakt für die Vernichtungsmaßnahmen gegen psychisch kranke Menschen. Beeinträchtigte Kinder wurden aus der Kinderklinik der Universität Erlangen in eine spezielle Abteilung nach Ansbach verlegt und dort getötet. Die jüdischen Patienten der Heil- und Pflegeanstalt wurden in eine Tötungsanstalt gebracht und dort vergast. Vom 1. November 1940 bis zum 24. Juni 1941 wurden über neunhundert Menschen aus der Erlanger Anstalt in Tötungsanstalten transportiert und dort vergast. Ab November 1942 wurde auf Betreiben des Bayerischen Innenministeriums der sog. „Hungererlass“ eingeführt, in dessen Folge in der Erlanger Heil- und Pflegeanstalt spezielle Stationen eingerichtet wurden, auf denen man die Patienten gezielt verhungern ließ. In Erlangen sind so weit über tausend Menschen ermordet worden.

Viele der Opfer stammten aus anderen Anstalten, die ab 1939 aufgelöst worden waren, so aus Bayreuth, Neuendettelsau, Straubing, Ursberg, Engelthal und Michelfeld. Die größere Zahl der Opfer lebte aber schon viele Jahre und Jahrzehnte vorher in der Erlanger Anstalt.

Die Geschichte des Nationalsozialismus ist auch eine Geschichte der steten Entwertung psychisch kranker und behinderter Menschen. Eine „auf-bauende deutschen Gesundheitsfürsorge“ sollte dem nationalsozialistischen Regime helfen, seine expansiven und vernichtenden Ziele nach Innen und Außen zu realisieren. Schon sehr bald verschärften sich die Maßnahmen gegen psychisch kranke und behinderte Menschen von der Zwangssterilisation über martialische Therapieversuche bis hin zu den Vernichtungsaktionen. Als „unheilbar“ diffamierte Patienten wurden mit Beginn des 2. Weltkrieges endgültig als „Ballastexistenzen“ abgetan und getötet, die heilbaren Patienten zügig therapiert und entlassen, auch um Ressourcen zu sparen und Platz für die vielen durch den Krieg traumatisierten Patienten und für verwundete Soldaten zu schaffen.

Viele der vorsätzlich ermordeten Patienten waren Erlanger Bürgerinnen und Bürger, sie hatten Familienangehörige, Verwandte, Freunde, Bekannte in der Stadt; Ärzte, Pflegekräfte und weitere MitarbeiterInnen der Heil- und Pflegeanstalt waren nicht nur Täter und Unterstützer, sondern ebenfalls Erlanger Bürgerinnen und Bürger.

Es wurde auf vielfältige Weise versucht, die Tötungsaktionen gegen psychisch kranke Menschen zu tarnen und zu vertuschen, was aber nur teilweise gelang, auch weil es nicht verborgen bleiben konnte, wenn hunderte Menschen mit Bussen aus der Erlanger Anstalt weggeschafft wurden. Und noch weniger konnte das Hungersterben in der Anstalt vertuscht werden, es mussten Totenscheine ausgestellt, Beerdigungen arrangiert, Särge getischlert und Angehörige informiert werden. Und dennoch legte sich nach 1945 ein bleiernes Schweigen über diese grauenhaften Vorgänge. Erst in den letzten Jahren gab es einige Bemühungen, die Erinnerungen wieder zum Teil der Stadtgeschichte werden zu lassen:

Das Stadtmuseum hat bereits vor Jahren im Rahmen einer temporären Ausstellung dieses dunkle Kapitel der Stadtgeschichte beleuchtet; in den 90er Jahren haben Beschäftigte des Klinikums am Europakanal vor dem ehemaligen Direktionshaus der Heil- und Pflegeanstalt einen Gedenkstein aufgestellt. 2008 wurden ebendort 27 Stolpersteine für die getöteten jüdischen Patienten verlegt. Anfang 2014 hat das ZSL in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Erlangen und der „gruppo diffuso“ eine vielbeachtete Ausstellung und Vortragsreihe durchgeführt. Wir begrüßen diese Aktivitäten und sind dafür dankbar.

Wir stellen folgenden Antrag:

Es ist an der Zeit, endlich auch den ermordeten Menschen mit psychischer und geistiger Erkrankung bzw. Behinderung ein angemessenes bleibendes Gedenken in unserer Stadt zu schaffen, soweit wie möglich Erinnerungsarbeit zu leisten und die Vorgänge dieser Zeit aufzuarbeiten.

Es geht nicht darum, lediglich ein weiteres Mahnmal zu schaffen. Ziel muss es sein, in der Mitte der Stadtgesellschaft einen lebendigen Ort des Gedenkens, Erinnerns und Nachdenkens zu schaffen, die Namen und Schicksale der Opfer zu dokumentieren, die Hintergründe zu beleuchten, die zur Ermordung geführt haben und die Frage zu provozieren: Welche Konsequenzen ziehen wir aus der Geschichte für unseren heutigen Umgang mit psychisch und geistig behinderten Menschen?

Die Verwaltung wird gebeten, zur Gestaltung dieses Erinnerungsortes einen Dialog in Gang zu setzen, der alle Generationen und Betroffenen umfasst – insbesondere die Behindertenverbände und die Jüdische Gemeinde - sowie das Stadtmuseum, das Stadtarchiv das Kulturreferat, die Universität, das heutige Klinikum am Europakanal und den Bezirk Mittelfranken, aber auch die Kulturschaffenden in der Stadt einbindet.

In Zusammenarbeit mit der FAU und dem Denkmalschutz ist zu prüfen, inwieweit ein Teil der noch heute vorhandenen Gebäude der ehemaligen „Hupfla“ bzw. an deren Standort neu errichtete Gebäude einbezogen werden kann.

In die Entwicklung und Gestaltung des Erinnerungsortes soll unbedingt das Projekt des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin NS-„Euthanasie“ in Erlangen – T 4-Aktion und B-Kost einbezogen werden.

Der Text dieses Antrags wurde von Gisela Niclas, Dr. Hans-Ludwig Siemen und Dinah Radtke gemeinsam formuliert.

Mit freundlichen Grüßen

für die CDU-Fraktion
Birgitt Aßmus
Fraktionsvorsitzende

für die SPD-Fraktion
Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende
Gisela Niclas
Stadt – und Bezirksrätin

für die GL-Fraktion
Wolfgang Winkler
Fraktionsvorsitzender

für die FDP-Fraktion
Lars Kittel
Fraktionsvorsitzender

für die Erlanger Linke

Anton Salzbrunn
Stadtrat
Johannes Pöhlmann
Stadtrat

für die Freie Wähler-
gemeinschaft Erlangen

Anette Wirth-Hücking
Stadträtin
Prof. Dr. Gunther Moll
Stadtrat

für die ödp

Barbara Grille
Stadträtin
Frank Höppel
Stadtrat



F.d.R.: Wolfgang Most